



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 15.12.2008  
Az.:

## **3. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 24.11.2008**

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

Dieckmann, Ulla

Fischer, Siegfried

Grundner, Heinz

Hofstetter, Franz Josef

Peis, Hans

bis 18.00 Uhr

Rübensaal, Siegfried

bis 18.10 Uhr

Schmidt, Horst

i.V.v. Gruber Michael

Stieglmeier, Helga

i.V.v. Seeger Hannelore

Wiesmaier, Hans

### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

### **von der Verwaltung:**

Pelger Caroline

Graßl Reiner (zu TOP 3)

Eixenberger Anton (zu TOP 4)

Helfer Helmut (zu TOP 4)

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



**Ferner nehmen teil:**

Dr. Godde von e.on Wasserkraft (zu TOP 1)

Herr Steiner vom Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (TOP 2)

Herr Gerbl, Endergieberater (zu TOP 3)

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Büro des Landrats  
BL

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Bericht über die e.on Wasserkraft  
Vorlage: 2008/0433
2. Vortrag zur Energieeffizienz
3. Energiekonzept für den Landkreis Erding  
Antrag der CSU-Fraktion auf Erarbeitung eines Energiekonzeptes für den Landkreis Erding  
Vorlage: 2008/0432
4. Haushaltsberatung 2009  
Bereich Verkehr (Kreisstraßen), ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Landschaftspflege und Entsorgungswirtschaft (Abfallbeseitigung)  
Vorlage: 2008/0434
5. Bekanntgaben und Anfragen
- 5.1 KR-Schmidt - Anmerkung wegen Vortragende eines Berichtes



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 24.11.2008

### 1. Bericht über die e.on Wasserkraft Vorlage: 2008/0433

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Dr. Godde von der e.on Wasserkraft und bittet ihn um seinen Bericht.

**Dr. Godde** erklärt, die Wasserkraft sei weltweit eine alte Zunft. Er gibt einen Überblick auf die neueste Entwicklung der Wasserkraft und welche Alternativen es im Bereich der regenerativen Energie zur Wasserkraft in der Zukunft gebe. Er berichtet, die Wasserkraft habe ihren großen Boom Ende des 19. Jahrhunderts mit der Elektrifizierung erfahren. Das erste Wasserkraftwerk sei 1880 entstanden. Die Wasserkraft sei jetzt wieder aktuell wegen der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Innerhalb Deutschland sei Bayern Spitzenreiter. Bayern sei gesegnet mit Niederschlägen und Bergen. Diese Komponenten seien notwendig um Strom aus Wasserkraft erzeugen zu können. 15 % der Stromerzeugung in Bayern erfolge aus der Wasserkraft. Dadurch werden jährlich ca. 12 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden. Etwa 10 % der Wasserkraft seien noch nicht genutzt.

Dr. Godde zeigt eine Grafik über die verschiedenen Technologien: Erneuerbare Energien haben einen unterschiedlichen technischen Entwicklungsstand. Einige haben bereits eine hohe Marktdurchdringung erreicht; z.B. Windkraft-, Biomasseanlagen. Photovoltaik sei seit dem Jahr 2000 eine relevante Stromerzeugung. Windkraft offshore sei ein Pilotprojekt. Besonders interessant sei die nicht planmäßig zur Verfügung stehende Windkraft. Wind habe die Eigenschaft, dass er bläst, wann und wie stark er will. Wind und Wasser könne jedoch kombiniert werden. Die e.on Wasserkraft sei aufgrund der Lage in Bayern das größte Unternehmen, das Strom aus regenerativer Wasserkraft herstelle. In Deutschland gebe es auch sehr viele kleine Wasserkraftwerke, die an den kleineren Bächen und Flüssen angesiedelt seien. e.on habe ca. 1.200 Mitarbeiter und bildet derzeit 92 Auszubildende aus. e.on habe 133 Kraftwerksstandorte. Dr. Godde zeigt, wie e.on in Bayern aufgestellt sei und zeigt einzelne Kraftwerke in Wasserburg a. Inn, Gars, Teufelsbruck, Gottfrieding und Oberföhring. Er erklärt, wo es sich lohne, werden Erneuerungen vorgenommen. e.on sei das einzige Unternehmen, das über eigene Ingenieure verfüge, die verschiedene neue Techniken bei gleicher Fallhöhe und bei gleicher Wassermenge verbessert haben. Diese neuen Techniken nehme auch die RWE auf. Im Weiteren zeigt er verschiedene Investitionsmaßnahmen.

Zum Beispiel sei zum Thema Umweltschutz eine Lösung gefunden worden, damit Aale zum Laichen in den Atlantik kommen können. Aale können Stauwerke nicht überwinden. Es sei festgestellt worden, dass Aale nur zu ganz bestimmten Stunden oder Tagen wandern. Dazu seien Aale aus dem Fluss genommen worden, denen ein Chip unter die Haut gepflanzt worden sei. Sobald die Fische anfangen zu wandern, werden die Kraftwerke abgestellt und die Aale können zum Atlantik schwimmen. Das Ganze sei noch in der Erprobungsphase. Die Ideen gehen jedoch nicht aus.



**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf dem Gebiet des Landkreises demnächst Ertüchtigungsmaßnahmen anstehen. Im Bereich des Isarkanalbereichs München – Ebersberg sei eine Ertüchtigung bereits erfolgt.

**Kreisrat Biller** fragt, wenn eine Kanalböschung ertüchtigt werden muss, ob dazu der Isarkanal trocken gelegt werden müsse.

**Dr. Godde** antwortet, der Kanal müsse in dem Bereich der Sanierung trocken gelegt werden. Das Wasser könne aber nur zum Teil abgelassen werden. Er zeigt dazu eine Folie.

**Der Vorsitzende** berichtet, es sei beeindruckend, wenn der „Böschungsfertiger“ an den Böschungen den Beton einbaue. Es sei erstaunlich, wie riesig dieses Gerät sei. Trotzdem müsse die ganze Fläche von Hand nachgeglättet werden. In Deutschland gebe es kein solches Gerät.

**Dr. Godde** merkt an, aufgrund der Schnelligkeit sei der „Böschungsfertiger“ eine attraktive Lösung, die Transportkosten rentieren sich.

**Der Vorsitzende** berichtet, erstaunlich sei auch, dass der Isarkanal rund 80 Jahre alt sei und damals praktisch von Hand, vom Aushub bis zum Beton, gefertigt worden sei und trotzdem so lange gehalten habe. Das wäre heute nicht mehr zu praktizieren.

**Kreisrat Schmidt** merkt an, Dr. Godde habe erwähnt, dass 15 % der Energieversorgung in Bayern durch Wasserkraft erfolge. Er fragt, ob auch für den Landkreis Erding der Prozentsatz an Wasserkraft gesagt werden kann.

**Dr. Godde** sagt, er werde die Produktionszahlen der Kraftwerke in Erding Kreisrat Schmidt zukommen lassen.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben, bedankt sich **der Vorsitzende** bei Herrn Dr. Godde für den Bericht.

## **2. Vortrag zur Energieeffizienz**

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Steiner vom Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. Der Vorsitzende merkt an, er habe den Vortrag schon einmal gesehen. Er sei eine Einstimmung auf das geplante Energiemanagement.

**Herr Steiner** bedankt sich für die Einladung und erklärt, er sei federführend für den Klimaschutz und die Wasserwirtschaft zuständig.

Er zeigt Bilder als Beispiele. Viele Staaten haben starke Wasserprobleme von der Wüstenbildung bis hin zur Verschmutzung des Wassers. Die West-Coast in den USA sei 2008 zum Dürregebiet erklärt worden, was kaum verständlich sei, weil dort die höchste Swimmingpool-Dichte der Welt sei. Spanien habe die Problematik der extremen intensiven Wassernutzung. In Spanien sei der Wasserverbrauch kostenfrei. Diesen

Sommer sei es so gewesen, dass täglich zwei Tankschiffe zwischen Marseille und Barcelona gependelt seien, um Wasser aus Frankreich zu holen, um den Bedarf in Spanien zu decken. Israel kaufe Wasser in der Türkei ein. Die



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Türkei habe selber auch Wasserprobleme. Der Aralsee in Sibirien sei bereits zu einem Viertel der Größe geschrumpft und sei stark versalzt, weil Zuläufe für die Bewässerung der Landwirtschaft abgezweigt worden seien. Das Problem des Wassermangels könne zu Auseinandersetzungen zwischen den Staaten führen. Es sei ähnlich wie beim Öl, es werde immer mehr gefördert und irgendwann sei nichts mehr da. Zu allen Problemen komme der Klimaschutz dazu. Weltweit befinde man sich im Bereich Wassersektor in der Nähe einer Katastrophe. Auch in Europa werde es zu Problemen kommen.

**Kreisrätin Bendl** stellt fest, sie habe das Gefühl, dass der Bericht hier fehl am Platze sei. Der Tagesordnungspunkt lautet: „Vortrag zur Energieeffizienz“.

**Herr Steiner** sagt, er komme auf den Bereich Energie und Wasserkraft noch zu sprechen. Der Vortrag beschäftige sich insgesamt mit Klima und Wasser.

Herr Steiner merkt weiter an, in Bayern werde mit zunehmend mehr Hochwasser zu rechnen sein. Es gebe aufgrund der weltweiten Wasserprobleme auch Begehrlichkeiten an „unser“ Wasser. Die EU denke z.B. darüber nach, wie sie Wasser aus den Alpen abziehen könnte, um es z.B. für Spanien zu nutzen.

In Bayern gebe es ein Programm mit dem Thema „Klimaänderung und Wasserwirtschaft“, das zusammen mit Baden Württemberg geplant worden sei. Ein Ergebnis der Untersuchungen sei, dass Bayern 10 % – 15 % nässere Winter bekommen werde, gleichzeitig werde es deutlich mehr starke Niederschläge geben, auf die wenig Einflussmöglichkeiten genommen werden könne. Das Thema „ich bin so weit weg von einem Fluss, so dass mich ein Hochwasser nicht erreichen kann“ werde der Vergangenheit angehören.

Er zeigt ein Bild der Wertach, deren Wasserlauf künstlich verändert worden sei. Bei einem Hochwasserereignis werde das Hochwasser relativ rasch abfließen. Die Wertach sei wieder renaturiert worden, so dass auch ein Wasserrückhalt möglich sei und auch wieder der Freizeit und Erholung diene.

Das Bayer. Staatsministerium für Umwelt beschäftige sich auch mit dem Thema technischer Hochwasserschutz. Es werden Dämme erhöht, usw. Auch die Information der Bürger sei ausgeweitet worden.

Vorausschauend müsse mit Hochwasserspitzen und häufigere Hochwasser gerechnet werden.

**Kreisrätin Stieglmeier** verweist auf den Tagesordnungspunkt mit einer ganz anderen Thematik.

**Der Vorsitzende** sagt, der Vortrag hänge auch mit dem Wasserhaushalt zusammen. Vielleicht sei die Formulierung des Tagesordnungspunktes nicht gut gewählt.

**Herr Steiner** merkt weiter an, es werde künftig auch deutlich trockenere Jahre geben. Es sei dazu ein Niedrigwasserinformationsdienst



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

eingerrichtet worden. Bis 2050 werde es deutlich wärmere Sommer geben. Im Schnitt werde es 10 % – 20 % weniger Niederschläge im Sommer geben. Die Temperaturen im Winter werden im Schnitt 2 Grad und im Sommer 1,5 Grad mehr sein. Die Erwärmungsphase seit 1970 sei ca. 1,4 Grad. Das bedeutet, die Wasserwirtschaft müsse sich anpassen.

Bayern werde ein Einwanderungsland werden. Bayern sei bezüglich des Wassers ein gut versorgtes Land, es werde im Sommer Probleme mit der Landwirtschaft geben. Kurz- bis langfristig werde Bayern landwirtschaftlich gut aufgestellt sein, jedoch können die Begehrlichkeiten von anderen Ländern zu Problemen führen.

Zur Vorsorge merkt Herr Steiner an, Erdwärmeprojekte haben Hochkonjunktur und seien durchaus ein System für die Zukunft der Energienutzung. 2006 habe sich die Wasserwirtschaft mit rd. 1.500 Erdwärmeprojekten beschäftigt. Die Bürger setzen zunehmend mehr darauf, mit Erdwärme die Versorgung sicherzustellen. Dagegen sei grundsätzlich nichts einzuwenden, doch sei eine gewisse Schutzfunktion notwendig. Die Erdwärmesonde sollte gewisse Erdschichten nicht durchtrennen. Es sollte vorher ein geologisches Gutachten angefordert werden. Einzelfallprüfungen seien sinnvoll, damit die technischen Anforderungen eingehalten werden.

Zum Thema Biomasse und Biogasanlagen merkt Herr Steiner an, das Problem sei, dass man mit diesen Anlagen in eine Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau gerate (z.B. beim Zuckerrohranbau; z.B. in Mexiko habe sich der Preis für Mais extrem verteuert, etc.).

Zum Thema Wasserkraft merkt Herr Steiner an, Wasserkraft sei ein unverzichtbarer Bestandteil bei der regenerativen Energie in Bayern. Wasserkraft sei relativ krisensicher. Es müsse versucht werden, die Wasserkraft durchaus stärker zu nutzen als bisher. Er zeigt einen Überblick über die Stromerzeugung in Bayern und die Prognose. Wenn die Kernkraftwerke abgeschaltet würden, wäre ein massives Defizit merkbar. In Bayern sei als regenerative Energie überwiegend die Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaikanlagen, wenig Windkraft. Im Weiteren zeigt er die Anlagestrukturen bezüglich der Wasserkraft. Die kleinen Anlagen machen 5 – 10 % der Leistung aus. Die großen Wasserkraftanlagen (220 Wasserkraftanlagen) erzeugen über 90 % der Wasserkraft in Bayern. Für die Zukunft sei es wichtig, mit Energie und Wasser sorgsam umzugehen.

**Kreisrat Schmidt** fragt, inwieweit die Diskussion richtig sei, dass der Schutz für das Quellwasser, das unter staatlicher Aufsicht sei, privatisiert werden solle.

**Herr Steiner** antwortet, davon habe er noch nichts gehört. Es gebe eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, möglicherweise auch Dritten bezüglich der Überwachung des Wassers in Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden. Eine grundsätzliche Privatisierung sehe er nicht.

**Kreisrat Fischer** stellt fest, das Thema Hochwasserschutz „werde sehr hoch aufgehängt“. Hochwasserschutz betreffe auch die Sanierung und Renaturierung der Isen. Eine Bezuschussung hänge jedoch von der



Fischdurchgängigkeit ab. Er möchte Herrn Steiner deshalb bitten, dass im Ministerium über die Zuschussrichtlinien nachgedacht werde.

**Herr Steiner** merkt an, beim Hochwasserschutz sei nicht der Auftrag, die Durchgängigkeit eines Gewässers herstellen, sondern einen guten Zustand des Gewässers herzustellen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Kreisrat Rübensaal** berichtet, die Gemeinde Lengdorf habe vor einigen Jahren ein Konzept ausgearbeitet, das systematisch kaputt geredet worden sei.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Dieckmann** merkt an, viele Gemeinden haben einen eigenen Brunnen. Die Sorge sei, dass durch die EU-Richtlinien es schwieriger werde, die Daseinsvorsorge für die eigene Trinkwasserqualität zu treffen.

**Der Vorsitzende** merkt an, die Möglichkeit, dass einzelne Gemeinden die Wasserversorgung privatisieren, sei momentan nicht gegeben. Es könnte auch kommen, dass sich eine Gemeinde nicht wehren kann, wenn ein privater Anbieter auf eine Art Mitbenutzung des Leitungssystems klagen würde. Diese Privatisierungstendenzen könnten sicher nicht gut laufen, denn damit würde die Aufgabe der Daseinsvorsorge den Gemeinden entrisen.

**Herr Steiner** ergänzt, das Ministerium spreche sich stark gegen eine Privatisierung aus. Privatisierungen werden sehr kritisch im Ausland beobachtet. England z.B. gehe wieder den Schritt zurück, weil Private zunächst versuchen, Geld zu verdienen und nicht investieren. Dennoch werde es Kommunen geben, die das Thema loswerden wollen.

**Der Vorsitzende** fasst zusammen, jetzt sei es die Aufgabe der kommunalen Daseinsvor- und -fürsorge. Theoretisch könnte es auf europäischer Ebene im Wettbewerbsrecht schon problematisch werden, er erinnert z.B. beim ÖPNV, bei Ausschreibungen, wo früher keine erforderlich waren, etc.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Steiner für den Vortrag.

### **3. Energiekonzept für den Landkreis Erding** **Antrag der CSU-Fraktion auf Erarbeitung eines Energiekonzeptes für den Landkreis Erding** **Vorlage: 2008/0432**

**Der Vorsitzende** merkt an, es sei, allerdings nicht fristgerecht, ein Antrag der Fraktionen der SPD und „Die Grünen“ eingegangen und heute habe die ödp-Fraktion noch einen Antrag vorgelegt. Er weist darauf hin, dass für die Behandlung eines Antrages eine Frist von 20 Tagen einzuhalten sei.

**Kreisrat Schmidt** merkt an, für Änderungsanträge bestehe diese Frist nicht.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass entsprechende Änderungen beim Beschlussvorschlag natürlich mit beantragt werden können. Der Vorsitzende ergänzt, die Aktivitäten des Landkreises in Bezug auf die Baumaßnahmen (Geothermie, Energieverbrauchsverfolgung, Ökoprotit,



Energieberater) seien in der Vorlage dargestellt worden. Der Energieberater, Herr Gerbl, sei heute auch anwesend.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Vorsitzende stellt fest, die Anträge gliedern sich in zwei Teile, in nach innen gerichtete Elemente und in nach außen gerichtete Elemente. Die nach innen gerichteten Elemente beziehen sich auf die landkreiseigenen Gebäude, die möglichst energieeffizient bewirtschaftet werden sollen. Die Neuerung, die er empfehle, sei ein Energiemanagement. Kreisrätin Stieglmeier habe nachgefragt, in welcher Form die Energieausweise erstellt werden. Es gebe dabei zwei Arten. Bei den neuen Gebäuden sei ein verbrauchsorientierter Energieausweis nicht notwendig. Bei den älteren Gebäuden dagegen sei es sinnvoller, einen bedarfsorientierten Ausweis zu erstellen. Diese Energieausweise seien aber nicht ausreichend. Es gebe die Möglichkeit, nicht nur die Kosten für den Energieausweis einzuplanen, sondern die Möglichkeit, ein kommunales Energiemanagement einzuführen. Dabei wäre es möglich, nicht nur die Gebäude aufzunehmen, sondern einen Plan und die notwendigen Investitionen mit zu erarbeiten, was entsprechend der Priorität oder der Dringlichkeit in den nächsten Jahren anstehe. Im der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 17.11.2008 sei darüber beraten und beschlossen worden. Es seien im Haushalt dafür 40.000 € eingeplant. Dazu gebe es eine Förderung durch die LfU mit 50 % der externen Personalkosten. Also insgesamt 60.000 € verteilt auf drei Jahre.

Das nach außen gerichtete Element sei die Erarbeitung von Handlungskonzepten für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte. Er berichtet, er habe sich mit den Energieversorgern darauf verständigt, dass der Energieberater seit August für eine Beratung der Bürger zur Verfügung stehe und durch die Energieversorger finanziert werde. Für die Gemeinden sei es möglich, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Dabei sei es nicht das politische Interesse, die Gemeinden zu bevormunden. Die Gemeinden seien zum Teil Selbstversorger, haben Leitungsnetze, Stadtwerke, die die Energieversorgung anbieten. Es wäre nicht richtig, wenn der Landkreis bevormundend eingreifen würde.

Das weitere Vorgehen, das auch der Antrag beinhaltet sei die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes. Im Bereich Regionalmarketing sei bei der Klausurtagung vor ca. drei Wochen mit den Mitgliedern abgestimmt worden, dass das Thema „Klimaschutzkonzepte für die beiden Landkreise“ auch ein Themenfeld neben Tourismus sein könnte. Dafür wäre es auch möglich, einen Zuschuss zu bekommen. Der Vorsitzende verweist auf das von Kreisrätin Bendl verteilte „Integrierte Kommunales Klimaschutzkonzept“ von der Green City Energy GmbH. Er weist darauf hin, dass die Erstellung des Förderantrages nur noch bis 28.11.2008 möglich sei. Die Antragstellung für die Bezuschussung von integrierten Klimaschutzkonzepten sei bis zum 31.12.2008 möglich. Er stellt fest, dass in der kurzen Frist eine Umsetzung nicht möglich sei.

Es wäre nun notwendig, Mittel für ein Energiemanagement im Haushalt einzuplanen. Er denkt, dass keine ausschließliche externe Durchführung benötigt werde, sondern die Verwaltung beauftragt werden solle, entsprechendes mit externer Beteiligung vorzubereiten. Dafür seien die 40.000 € einzuplanen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Bendl** findet es gut, dass ein Energiemanagement eingerichtet werden solle. Anträge dazu seien schon vor Jahren gestellt worden. Sie stimmt dem 1. Absatz zu. Sie entschuldigt sich, dass sie heute erst einen zusätzlichen Antrag eingereicht habe. Sie habe aber erst kürzlich über den Stadtrat Erding über die enormen Fördermöglichkeiten für die Erarbeitung von Konzepten erfahren. Sie habe sich heute nochmals erkundigt, dass durchaus der Termin 31.12.2008 möglich sei. Wenn es eine 80 %ige Förderung gebe, sollte das schon geprüft werden. Sie denkt auch, dass eine externe Beratung schon von Vorteil wäre. Sie bittet trotz der späten Vorlage, dies zu berücksichtigen.

**Der Vorsitzende** sagt, er nehme die Anregung auf. Die Verwaltung werde sich nochmals erkundigen. Herr Fischer habe sich bereits erkundigt, das Konzept müsse bis 31.12.2008 mit vorgelegt werden. In vier Wochen sei das nicht zu schaffen.

**Kreisrätin Stieglmeier** begrüßt den Antrag der CSU. Sie habe gerne gelesen, dass der Fraktionsvorsitzende Knur alle Parteien des Kreistages mit ins Boot holen wolle. Sie hätte es aber besser gefunden, wenn die Parteien im Vorfeld in die Diskussionen mit eingebunden worden wären. Die Fraktion „Die Grünen“ habe zusammen mit der SPD-Fraktion einen Ergänzungsvorschlag vorgelegt.

**Der Vorsitzende** betont, der gemeinsame Antrag sei in der CSU-Fraktionssitzung vorgelesen worden. Jeder Bürger des Landkreises hätte daran teilnehmen können. Es sei über die Presse bekannt gegeben worden, dass eine Teilnahme ausdrücklich erwünscht sei.

**Kreisrätin Stieglmeier** sagt, der übliche Weg sei ein anderer. Nichts desto trotz hoffe sie, dass die Parteien zusammenarbeiten. Der Antrag der CSU-Fraktion sei in Ordnung. Die Ergänzungsanträge seien gestellt worden, weil sie der Meinung seien, dass noch mehr Substanz dazu gehöre. Es sei unstrittig, dass die Entscheidungshoheit bei den Gemeinden bleiben müsse. Die Intension sei, dass der Landkreis eine gewisse Vorreiterrolle habe und die Gemeinden einbinde, um Synergieeffekte zu schaffen. Im Antrag sei zu lesen, dass selbstverständlich die politischen Gremien die Entscheidungen treffen werden. Ein großer Unterschied zum CSU-Antrag sei der Energiebeirat. Es sollten möglichst viele Leute in einem Energiebeirat eingebunden werden, um einen positiven Effekt zu haben (Bauleute, heimische Handwerker, Kreisräte, etc.) Auch die Öffentlichkeit sollte mit eingebunden werden. Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt werde einmal pro Monat einberufen. Sie denkt, dass deshalb im Strukturausschuss zu wenig Zeit sei, ein Energiekonzept zu entwickeln. Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt sollte aber eingebunden werden.

**Der Vorsitzende** stellt fest, der übliche Weg bedeute ein Antrag ohne Öffentlichkeit. Er denkt, Tatsache sei, dass das Thema so aufgegriffen worden sei und sich viele mit beteiligen. Er möchte dem Gremium und der Verwaltung nicht per se absprechen, dass sie mit externer Unterstützung (Profis) dazu nicht in der Lage seien. Er fragt, was mit einem Energiebeirat zusätzliches erwirkt werden solle. Er habe damit ein Problem, wenn neue Ebenen eingeführt werden, die nicht unbedingt entscheidungsbefugt seien.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Antrag lautet:

- „1. Die CSU-Fraktion beantragt die Erarbeitung eines kommunalen Energiekonzeptes für den Landkreis Erding.
2. Dazu ist zunächst durch die Verwaltung der Ist-Zustand im Landkreis und seinen Städten, Märkten und Gemeinden zu erfassen.
3. Ausgehend von den dabei gewonnen Erkenntnissen soll im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt ein Energiekonzept für den Landkreis Erding erarbeitet werden. Außerdem sollen Handlungsmöglichkeiten für die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis Erding aufgezeigt werden, ohne dass seitens des Landkreises in deren Zuständigkeit eingegriffen wird.“

Der Vorsitzende betont, das sei wichtig, weil ansonsten es bevormundend für die Gemeinden wirke.

- „4. Die Arbeiten sollen so angelegt werden, dass sie innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden können.“

Auch das sei in den folgenden Anträgen so enthalten. Er denkt, dass außer dem Energiebeirat keine Änderungen erkennbar seien.

**Kreisrätin Stieglmeier** merkt an, ihr sei unklar, was unter „4. Die Arbeiten sollen so angelegt werden, dass sie innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden können“ zu verstehen sei. Es gehe doch darum, dass ein Energiekonzept erstellt werden solle. Sie schlägt als Formulierung vor: „Die Analyse solle innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.“

**Der Vorsitzende** denkt, das eine sei der Bereich, wo der Landkreis die Verantwortung für die Gebäude habe und das andere die Außenwirkung mit der Energieberatung (Herrn Gerbl) für die Bürger und die Handlungsempfehlungen für die Gemeinden, die umgesetzt werden können.

**Kreisrat Schmidt** meint, es sei müßig, darüber zu reden, welche Funktion eine öffentliche Fraktionssitzung der CSU habe. Einen öffentlichen Vortrag mit einer vorbereiteten Beschlussfassung als Beteiligungskonzept zu verkaufen sei ein Marketinggag. Er denkt, was der CSU-Antrag beinhaltet sei ein alltäglicher Vorschlag, der seit vielen Jahren schon diskutiert worden sei, zuletzt auch durch den Antrag der Fraktion „Die Grünen“. Es sollte nicht so getan werden, als ob das Ei jetzt von der CSU erfunden worden wäre. Es gehe darum, den Antrag zu konkretisieren. Es sei auch beschrieben worden, wie das Energiekonzept im Detail besser aussehen solle. In der Tat sei ein erheblicher Unterschied. Ein Energiebeirat sei ein weiteres Element, um die Öffentlichkeit stärker zu beteiligen, die Kompetenz, die im Landkreis vorhanden sei, mit aufzunehmen und langfristig anzulegen. Das sei ein wichtiger Punkt, der die Anliegen im CSU-Antrag nur ergänze. Es gehe darum, das Energiekonzept stärker voranzutreiben, als das bisher der Fall gewesen sei. Er denkt, die Vorschläge seien eine gute Ergänzung zum ausgezeichneten Antrag der CSU-Fraktion.

**Kreisrat Peis** bedankt sich, dass der Antrag positiv gesehen werde. Bei der CSU-Fraktionsbesprechung waren auch Mitglieder anderer Fraktionen anwesend und jeder habe die Gelegenheit gehabt, teilzunehmen. Er



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

denkt, dass die Vorschläge der Fraktionen der SPD und „Die Grünen“ außer dem Energiebeirat im Antrag der CSU enthalten seien. Er denkt, Energieeffizienz beinhalte auch die Arbeitseffizienz. Er denkt, dass es nicht zur Arbeitseffizienz und Zielerreichung beitrage, wenn wieder ein neuer Beirat, ein neues Gremium mit Nichtfachleuten hinzugeholt werde. Entscheidend sei, dass die Konzepte und Entwicklungen gebündelt werden. Wichtig sei eine Bestandsaufnahme, dann können Fachleute hinzugeholt werden, um aufgrund der Bestandsaufnahme Konzepte zu entwickeln. Für einen Energiewendebeirat sehe er zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit.

**Kreisrat Grundner** hält es auch nicht für Ziel führend, eine weitere Metaebene einzuführen. Er denkt, dass der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt unter Zuziehung von Fachleuten in der Lage sei, ein Energiemanagement zu erarbeiten.

**Kreisrat Fischer** denkt, es sei Zeitverschwendung zu referieren, wer wie viel von dieser positiven Botschaft für sich etablieren könne. Sollte sich an der Diskussion nicht gravierend etwas ändern, werde er dem Antrag nicht zustimmen, weil ihm der Antrag der CSU-Fraktion zu ungenau sei. Die Bestandsaufnahme sei nicht festgelegt und auch nicht, welche Kosten auf die Kommunen zukommen. In anderen Landkreisen werde von Kosten von etwa 150 € gesprochen. Im Antrag sei nicht festgelegt, wie tief die Bestandsaufnahme gehen solle, das sollte differenziert werden. Das sei aber wiederum Aufgabe der Kommunen. Darüber hinaus könnte sich die viel gepriesene interkommunale Zusammenarbeit zeigen. Grundsätzlich sei es gut, dass sich der Landkreis dem Thema annehme, das Thema sollte sich aber auf den Landkreis beschränken.

**Der Vorsitzende** stimmt dem schon zu, andererseits sei er von kleineren Gemeinden angesprochen worden, die nicht die Möglichkeiten haben, sich mit externen Beratern zusammenzutun und für ihre Gemeinde ein maßgeschneidertes Konzept zu machen. Die wären auf die Hilfe des Landkreises angewiesen, eine Ist-Situation herzustellen. Mehr sei nicht möglich. Es können auch nicht für jede Gemeinde individuell die Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Der Vorsitzende denkt, mit dem Eigenanteil 40.000 € Haushaltsansatz und der Förderung durch die LfU wäre das machbar. Sollte es weitere Fördertöpfe geben, stehe er dem positiv gegenüber.

**Kreisrat Fischer** denkt, mit einer oberflächlichen Beurteilung werden die Gemeinden nichts anfangen können. Er sehe das Geld besser beim Landkreis eingesetzt als bei den Kommunen. Sein Vorschlag sei, den Antrag zurückzustellen und ihn vorab mit allen Bürgermeistern zu beraten. So werde er dem Antrag nicht zustimmen.

**Kreisrat Hofstetter** bittet schon um Unterstützung des Antrages der CSU-Fraktion, der Antrag sei es wert, dem zuzustimmen. Er sollte allerdings konkretisiert werden. Er hält es auch für sinnvoll, dass der Vorsitzende mit den Bürgermeistern das Thema bespreche, was die Gemeinden tun wollen und können. Die Gemeinden sollen mit eingebunden werden.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, es sollte versucht werden, die Anträge zu behandeln. Der Antrag der CSU-Fraktion entspreche dem. Für die



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Gemeinden sei das kostenneutral, 40.000 € seien im Kreishaushalt eingestellt und 40.000 € bekomme der Landkreis als Zuschuss. Wenn diese Grundlagen erarbeitet seien, können die Gemeinden diese Arbeit nutzen und den Bedarf in den Kommunen feststellen.

Er spricht sich dafür aus, das Energiemanagement auf den Weg zu bringen, mit dem Ansatz einer Zeitvorgabe und dann abzustimmen, ob ein zusätzliches Gremium oder Beirat eingesetzt werden solle. Dabei sollen die Gemeinden nicht untergeordnet vertreten sein.

**Kreisrätin Dieckmann** merkt an, sie habe an der CSU-Fraktionssitzung teilgenommen. Sie denkt, es sollte hier um die Sache gehen. Bei den Gemeinden gebe es auch Umweltreferenten. Sie maße sich nicht an, in dem Bereich Bescheid zu wissen, deshalb finde sie einen Energiebeirat gut und wichtig.

**Kreisrat Peis** denkt, es sei der Punkt wichtig, anschließend ins Detail zu gehen und Fachleute zu holen und die Gemeinden zu beteiligen.

**Kreisrätin Bendl** denkt, es gehe um die Frage, ob gewollt sei, Bundesmittel zu bekommen oder nicht. Ein Konzept bis zum 31.12.2008 zu bekommen sei schwierig, wenn kein externes Angebot konkret angenommen werde.

Es wäre wichtig, wenn der Landkreis und die Gemeinden an einem Projekt gemeinsam beteiligt seien. Deshalb findet sie einen Energiebeirat durchaus gut auch im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung. Sie denkt nicht, dass ein Energiebeirat das Ganze verzögern würde.

**Der Vorsitzende** fragt, wie bis zum 28.12.2008 ein integriertes Klimaschutzkonzept mit Teilkonzepten erstellt werden sollte. Das alles könne die Verwaltung nicht erstellen. Schon alleine eine Ausschreibung für eine externe Vergabe sei in der kurzen Zeit nicht durchführbar. Er werde Erkundigungen einziehen lassen, ob es eine Fristverlängerung gebe. Es könne nicht erwartet werden, dass diese Vorgaben innerhalb von vier Wochen erfüllt werden können.

**Kreisrätin Bendl** verweist auf den Termin 31.12.2008, bis dahin könne ein Klimaschutzkonzept beantragt werden. In diesem Antrag müsste natürlich schon einiges enthalten sein. Sie denkt, dass nicht alles schon vorgelegt werden müsse.

**Kreisrat Rübensaal** meint, über den Antrag sollte heute in der Form nicht entschieden werden. Die CSU-Fraktion beanspruche die alleinige Meinungsführerschaft zu dem Thema, die sie nicht habe. In drei Jahren heiße es dann, die CSU habe den Antrag gestellt, das sollte so nicht sein.

**Der Vorsitzende** zeigt sich verwundert, dass ein von allen wichtig gesehenes Thema daran scheitern sollte, weil der eine oder andere sagt, er sei zu wenig beteiligt gewesen.

**Kreisrätin Stieglmeier** denkt, es gehe um Inhalte. Es gehe wirklich darum, gemeinsam ein Energiemanagement auf den Weg zu bringen. Es sei schwierig, das Ganze nach außen umzusetzen. Sie würde auch dem



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

zustimmen, die Bürgermeister mit einzubeziehen. Kreisrat Peis habe gesagt, der CSU-Antrag sei deckungsgleich und es könnte als Punkt 2 der Änderungsvorschlag aufgenommen werden. Sie könnte auch dem Vorschlag von Kreisrat Schmidt zustimmen, den Energiebeirat nicht gleich einzusetzen. Dann aber möchte sie die Option haben, dass über die Notwendigkeit des Energiebeirates nach Ermittlung der Grundsätze erneut beraten werde.

**Der Vorsitzende** denkt, alles was nicht explizit ausgeschlossen sei, könnte immer noch nachgeschoben werden. Es könnte die Frage der externen Beteiligungen zu gegebenem Anlass geprüft werden. Jeder Kreisrat habe die Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen.

Der Vorsitzende stellt fest: Kreisrätin Stieglmeier möchte im Beschluss die Formulierung: „Über die Sinnhaftigkeit eines Energiebeirates soll nach Vorliegen der Bestandsaufnahme beraten werden“.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, die Gemeinden sollen keine Vorgaben bekommen, die kostenrelevante Auswirkungen haben und umgesetzt werden müssen.

**Kreisrat Hofstetter** beantragt zu beschließen: „Der Landkreis erarbeitet ein Energiekonzept, das mit den Gemeinden abgesprochen werden muss. Anschließend müsse es im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt erneut beraten werden“.

**Kreisrat Peis** denkt, der Antrag von Kreisrat Hofstetter widerspreche dem Antrag von Kreisrätin Stieglmeier. Grundlage sei der Antrag der CSU-Fraktion mit der Ergänzung nach einer Bestandsaufnahme.

**Kreisrat Fischer** stellt fest, in der Diskussion habe sich herausgestellt, dass der Antrag der CSU-Fraktion gut, aber zu ungenau sei. Er könne dem Antrag nur zustimmen, wenn er anders formuliert werde. Die Gemeinden seien davon alle betroffen und müssen über die Kreisumlage das mitfinanzieren. Er fragt, was eine Gemeinde dafür erhalte. Er weiß nicht, was mit der Bestandserhebung genau gemeint sei. Er habe die Befürchtung, dass für die Gemeinden für das Geld zu wenig herauskommen wird. Das Signal sei ein positives, ein Energienmanagement werde gewünscht. Dann sollte nochmals darüber beraten werden.

**Der Vorsitzende** stellt fest, in einem Jahr solle die Bestandsaufnahme abgeschlossen sein. Diese Präzisierung könne im Beschlussvorschlag aufgenommen werden. Er hätte es auch so gesehen, dass die Ergänzungen des Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion „Die Grünen“ „Ermittlung des tatsächlichen Verbrauchs, Ermittlung der Energie-Infrastruktur, Ermittlung Energie-Einsparpotential, Ermittlung Potential regenerativer Energie“ im CSU-Antrag beinhaltet seien.

**Kreisrat Schmidt** stellt fest, Kreisrat Hofstetter haben den Punkt 1 bereits gesagt: „Der Strukturausschuss beschließt die Erarbeitung eines kommunalen Energiekonzeptes für den Landkreis Erding“. Er schlägt weiter als Formulierung vor: 2. Dazu ist zunächst durch die Verwaltung und externe der Ist-Zustand im Landkreis und seinen Städten, Märkten und Gemeinden zu erfassen. Dazu gehören die vier genannten Punkte



aus dem Ergänzungsantrag. Als 3. Punkt wäre: „Ausgehend von den dabei gewonnen Erkenntnissen soll im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt ein Energiekonzept den Landkreis Erding erarbeitet werden.....“ (wie CSU-Antrag). Weiter Punkt 4: „Ob ein Energiebeirat eingerichtet wird, beschließt der Strukturausschuss nach der Erarbeitung der Analyse. 5. Die Analyse soll innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Er stellt den Antrag, über den Vorschlag abzustimmen.“

**Der Vorsitzende** denkt, es brauche nicht jedes Detail beschlossen werden.

**Kreisrätin Dieckmann** schlägt vor, einen Umweltreferenten auf Dauer einzubinden.

**Der Vorsitzende** denkt, das sei dann möglich, wenn die Notwendigkeit gesehen werde. Genau so wie eventuell ein Energiewendebeirat installiert werden sollte, könne das auch im Protokoll festgehalten werden und nicht im Beschluss.

**Kreisrätin Stiglmeier** schlägt vor, den CSU-Antrag mit den Änderungsvorschlägen zu beschließen.

**Kreisrat Peis** denkt, es müsse über den schriftlichen Antrag der CSU-Fraktion abgestimmt werden.

**Kreisrätin Bendl** stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Daraufhin formuliert **der Vorsitzende** folgende Vorschläge:

1. Die CSU-Fraktion beantragt die Erarbeitung eines kommunalen Energiekonzeptes für den Landkreis Erding.

**Kreisrat Schmidt** wünscht als Formulierung: „Der Landkreis beschließt die Erarbeitung eines kommunalen Energiekonzeptes für den Landkreis Erding“.

**Der Vorsitzende** schlägt als Formulierung vor: „Dem Antrag auf Erarbeitung eines Energiekonzeptes für den Landkreis Erding wird zugestimmt.“

**Kreisrat Hofstetter** sagt, er beantragt nochmals „Der Landkreis beschließt die Erarbeitung eines Energiekonzeptes. Der Antrag der CSU-Fraktion mit den Ergänzungsanträgen der Fraktionen der SPD, Die Grünen und der Ödp werden zugrunde gelegt.“

**Der Vorsitzende** schlägt vor, nur die Erarbeitung eines Energiekonzeptes zu beschließen und über Details in einer der nächsten Sitzungen zu entscheiden.

**Kreisrat Schmidt** sagt, die Beratung sei bereits weitergehend.

**Kreisrat Fischer** beantragt, über den Antrag der CSU-Fraktion und über die Änderungsanträge abzustimmen. Nur dann sei eine Entscheidung dafür oder dagegen möglich. Er denkt, bevor eine Abstimmung Satz für Satz erfolge, sollte das Thema zurückgestellt werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** stellt die Frage, ob eine Abstimmung komplett über die Anträge gewünscht werde (und keine Abstimmung Satz für Satz).

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 6: 4 Stimmen.**

**Der Vorsitzende stellt fest, dass eine Abstimmung Satz für Satz gewünscht werde.**

Er bringt folgenden geänderten Satz zur Abstimmung:

1. Dem Antrag auf Erarbeitung eines Energiekonzepts für den Landkreis Erding wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 :2 Stimmen.**

Der weitere Vorschlag sei:

2. Dazu ist zunächst durch die Verwaltung der Ist-Zustand im Landkreis und seinen Städten, Märkten und Gemeinden zu erfassen.

**Kreisrat Schmidt** schlägt vor zu ergänzen: „und durch externe Beteiligung.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

2. Dazu ist zunächst durch die Verwaltung und durch externe Beteiligung der Ist-Zustand im Landkreis und seinen Städten, Märkten und Gemeinden zu erfassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**

Weiter bringt der Vorsitzende den Vorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion „Die Grünen“ zur Abstimmung:

3. Dazu ist folgendes zu erarbeiten:  
Ermittlung des tatsächlichen Verbrauchs,  
Ermittlung der Energie-Infrastruktur,  
Ermittlung Energie- Einsparpotential,  
Ermittlung Potential regenerativer Energie.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 3 Stimmen.**

Weiter bringt der Vorsitzende folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

4. Ausgehend von den dabei gewonnen Erkenntnissen soll im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt ein Energiekonzept für den Landkreis Erding erarbeitet werden. Außerdem sollen Handlungsmöglichkeiten für die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis Erding aufgezeigt werden, ohne dass seitens des Landkreises in deren Zuständigkeit eingegriffen wird.

**Kreisrat Wiesmaier** wünscht die Ergänzung: „Handlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten“. Die Begründung sei, wenn Fachleute Konzepte erarbeiten möchte er auch wissen, wie die Energieeinsparung bezahlt werden solle. Er denkt, die Fachleute sollen sich z.B. um



geeignete Förderprogramme kümmern. Viele Förderprogramme seien gar nicht bekannt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** formuliert folgenden Vorschlag:

3. Ausgehend von den dabei gewonnen Erkenntnissen soll im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt ein Energiekonzept für den Landkreis Erding erarbeitet werden. Außerdem sollen Handlungs- und Fördermöglichkeiten für die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis Erding aufgezeigt werden, ohne dass seitens des Landkreises in deren Zuständigkeit eingegriffen wird.

**Kreisrätin Stieglmeier** denkt, damit werde festgelegt, dass im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt das Energiekonzept erarbeitet werden solle.

**Der Vorsitzende** sagt, es wäre nicht richtig, wenn der Ausschuss von extern ein Konzept übernehmen würde. Erarbeiten bedeute auch, dass die Ausschussmitglieder sich tatsächlich mit diesem Thema intensiv beschäftigen. Die Formulierung heißt nicht, dass der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt das Energiekonzept ausschließlich erarbeitet.

**Kreisrat Peis** denkt, die Formulierung schließe nicht aus, dass eine externe Beratung hinzugeholt werde.

**Kreisrat Schmidt** wünscht, den Energiebeirat mit aufzunehmen.

**Der Vorsitzende** betont, das sei nicht notwendig, es könne zu Protokoll gegeben werden, dass entsprechend dann darüber beschlossen werde.

Der Vorsitzende bringt nach kurzer Beratung folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

4. Ausgehend von den dabei gewonnen Erkenntnissen soll im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt ein Energiekonzept für den Landkreis Erding erarbeitet werden. Außerdem sollen Handlungs- und Fördermöglichkeiten für die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis Erding aufgezeigt werden, ohne dass seitens des Landkreises in deren Zuständigkeit eingegriffen wird.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**

**Kreisrätin Stieglmeier** wünscht als 5. Punkt anzufügen: „Nach Abschluss der Bestandsaufnahme soll beraten werden, ob ein Energiebeirat eingerichtet werden soll.“

**Der Vorsitzende** formuliert:

5. Nach Abschluss der Bestandsaufnahme soll darüber beraten werden, ob die Einrichtung eines Energiebeirates sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**

Weiter bringt der Vorsitzende folgenden Satz zur Abstimmung:

6. Die Arbeiten sollen so angelegt werden, dass sie innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden können.



Nach kurzer Diskussion formuliert er folgenden Satz:  
„Die Analyse soll innerhalb eines Jahres nach Möglichkeit abgeschlossen werden.“

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Büro des Landrats  
BL

Zusammengefasster Beschluss:  
StruVU/0015-14

1. Dem Antrag auf Erarbeitung eines Energiekonzepts für den Landkreis Erding wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 :2 Stimmen.**

2. Dazu ist zunächst durch die Verwaltung und durch externe Beteiligung der Ist-Zustand im Landkreis und seinen Städten, Märkten und Gemeinden zu erfassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**

3. Dazu ist folgendes zu erarbeiten:

- Ermittlung des tatsächlichen Verbrauchs,
- Ermittlung der Energie-Infrastruktur,
- Ermittlung Energie- Einsparpotential,
- Ermittlung Potential regenerativer Energie.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 3 Stimmen.**

4. Ausgehend von den dabei gewonnen Erkenntnissen soll im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt ein Energiekonzept für den Landkreis Erding erarbeitet werden. Außerdem sollen Handlungs- und Fördermöglichkeiten für die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis Erding aufgezeigt werden, ohne dass seitens des Landkreises in deren Zuständigkeit eingegriffen wird.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**

5. Nach Abschluss der Bestandsaufnahme soll darüber beraten werden, ob die Einrichtung eines Energiebeirates sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**

6. Die Analyse soll innerhalb eines Jahres nach Möglichkeit abgeschlossen werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**



LANDKREIS  
ERDING

**4. Haushaltsberatung 2009**  
**Bereich Verkehr (Kreisstraßen), ÖPNV, Wirtschaftsförderung,**  
**Landschaftspflege und Entsorgungswirtschaft (Abfallbeseitigung)**  
**Vorlage: 2008/0434**

**Der Vorsitzende** verweist auf die an die Ausschussmitglieder versandte Vorlage.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Schmidt** fragt zu Seite 8, HHSt 4090 „Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit Gutachterausschuss“, warum 2007 ca. 8.000 € veranschlagt waren und für 2009 ein HH-Ansatz 20.000 € eingeplant worden sei.

**Herr Thomas** merkt an, der Ansatz sei abhängig, wie viel externe Gutachter beauftragt werden. 2007 seien weniger Aufträge vergeben worden.

Auf die Frage des Vorsitzenden nach dem Kostendeckungsgrad erklärt Herr Thomas, der Kostendeckungsgrad sei im interkommunalen Vergleich (Innovationsring) der beste.

**Kreisrat Schmidt** fragt, wo im Haushalt die Einnahmen aufgeführt seien.

**Herr Eixenberger** erklärt, die Einnahmen seien im Einzelplan 9 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ veranschlagt.

**Kreisrätin Stieglmeier** verweist auf Seite 4, HHSt 4090 „Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit“ und möchte wissen, warum der Haushaltsansatz 2008 von 6.300 € auf 14.000 € erhöht worden sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, in der HHSt seien die Kosten für den „Biberbeauftragten“ veranschlagt.

Weiter möchte **Kreisrätin Stieglmeier** auf den Seiten 11 und 14 bei „HHSt 5540 „Betriebs- und Schmierstoffe“ wissen, warum sich der HH-Ansatz erhöht habe.

**Herr Eixenberger** antwortet, der Bedarf sei aufgrund der gestiegenen Preise hochgerechnet worden.

Auf Seite 13, HHSt 9357 „Beschaffung von Fahrzeugen, Geräteträger mit Geräten“ möchte **Kreisrätin Stieglmeier** wissen, warum 2008 keine Mittel eingeplant waren und 2009 35.000 €.

**Herr Eixenberger** antwortet, es sei geplant, 2009 für die Straßenmeisterei Taufkirchen ein neues Fahrzeug zu beschaffen. In der HH-Stelle seien Investitionen für die Straßenmeisterei Taufkirchen veranschlagt.

**Kreisrat Wiesmaier** merkt an, es sei auffallend, dass bei der HHSt 5135, Seite 14 „Winterdienst“ der HH-Ansatz um fast 100.000 € höher kalkuliert worden sei.



**Herr Eixenberger** antwortet, er habe die Haushaltsstellen mit den Vorjahren verglichen. 2006 seien z.B. beim Winterdienst in Taufkirchen 269.000 € an Kosten angefallen, 205.000 € waren veranschlagt. In Erding waren 168.000 € erforderlich und 170.000 € waren veranschlagt. Er weist darauf hin, dass 2007 zudem ein sehr milder Winter gewesen sei.

Weiter verweist **Kreisrätin Stieglmeier** auf Seite 20, ED 3, Nordumfahrung. Es sei ein HH-Ansatz von 100.000 € eingeplant.

**Der Vorsitzende** antwortet, der Ansatz sei für die Voruntersuchungen eingeplant worden. Es seien Gesamtkosten mit rd. 250.000 € in Auftrag gegeben worden. Es sei nicht bekannt, wann diese Kosten anfallen werden, weil das Straßenbauamt für den Landkreis die Kosten im Vorfeld übernehme.

**Kreisrätin Stieglmeier** möchte weiter zu Seite 20, Nr. 3, ED 4, Geh- und Radweg in Walpertskirchen wissen, warum kein Haushaltsansatz veranschlagt worden sei.

**Der Vorsitzende** merkt an, der Geh- und Radweg sei über lange Jahre in der Planung gewesen, sei dann aber herausgenommen worden, weil die Grundstücksverhandlungen lange Zeit nicht möglich waren. Es scheint jetzt laut Aussage des Bürgermeisters so zu sein, dass die Maßnahme verwirklicht werden könne.

**Kreisrätin Stieglmeier** möchte wissen, wo die Kosten für Regionalmarketing eingeplant seien. Auf Seite 67 seien unter HHSt 6580 „Tourismusförderung“ 20.000 € eingeplant. Sie komme insgesamt auf eine Summe von rd. 113.000 €.

**Der Vorsitzende** verweist auf Seite 68, HHSt 6780 „... Regionalmarketing, Anteil ARGE“ mit 60.000 €.

Er erklärt, derzeit werden Mitarbeiter vom Landkreis Freising für Regionalmarketing beansprucht. Die Geschäftsstelle sei derzeit bis August 2009 beim Landkreis Erding angesiedelt. Herr Fischer habe einen nicht unwesentlichen Teil seiner Tätigkeit im Bereich Regionalmarketing, auch Frau Adamkiewicz und Herr Hauschild seien Mitarbeiter.

**Kreisrat Schmidt** denkt, dass auch Frau Becker für Regionalmarketing eingestellt worden sei.

**Herr Eixenberger** merkt an, Frau Becker sei bei Unterabschnitt 7910 „Sonstige Förderung der Wirtschaft (Fremdenverkehr)“ veranschlagt.

**Kreisrat Schmidt** fragt, auf Seite 67, HHSt 7130 „Zweckverbände u. dgl. Planungsverband“ seien 44.000 €, unter HHSt 6580 „...Tourismusförderung“ 20.000 € und auf Seite 68, bei HHSt 6780 60.000 € für Regionalmarketing eingeplant. Der Ausschuss habe die erforderlichen Beschlüsse zwar gefasst, er sei aber strikt dagegen, den Ansatz von 40.000 € auf 60.000 € zu erhöhen. Er habe sich gestern die Internetseite der Erfolgsregion und auch den Film angesehen. Der Film sei einsetzbar und gut für Imagewerbung. Jedoch sei er mit den Aktivitäten nicht sehr



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

zufrieden, angefangen von den „Gesichtern der Region“, dem Logo, usw. Der Internetauftritt sei auf allen Seiten leer. Er zeigt dazu den entsprechenden Ausdruck. Es sollte zumindest stehen „In Arbeit“ oder „Im Aufbau“. Die Region präsentiere sich mit leeren Seiten im Internet. So betrachte er zum Teil den Erfolg der Airfolgsregion (das betreffe nicht die Mitarbeiter). Dazu kommt, dass nun noch mehr Mittel (60.000 €) dafür eingeplant werden. Ob mit einem Zweckverband etwas Besseres herauskommen werde, bezweifle er. Schon deshalb, weil bei einem Zweckverband die Kreisräte keine Einflussmöglichkeiten mehr haben. Er befürchtet, dass über Jahre die Bezuschussung gezahlt werde, der nicht unerheblich sei. Er werde beantragen, dass der Zuschuss des Landkreises bei 40.000 € bleiben solle. Wenn erfolgreich gearbeitet werde, könnte das, was gut gelaufen sei, weiter vorangetrieben werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, das teuerste seien die Messeauftritte (z.B. ExpoReal). Dabei haben deutliche Erfolge erzielt werden können. Die Region werde wahrgenommen. Den Gemeinden sei die Möglichkeit gegeben worden, ihre Gewerbegebiete mit einem eigenen Prospekt darstellen zu können. Auch die Teilnahme bei der GTM in Berlin sei ein Erfolg gewesen.

Entscheidend sei, dass der Landkreis derzeit deutlich mehr ausgabe, obwohl in der Haushaltsstelle nur 40.000 € eingeplant seien. Das Ziel sei, in den nächsten Jahren mit einem Zweckverband nur noch 80.000 €/Jahr bereitzustellen, weil dann die Stellen im Landkreishaushalt (Herr Fischer, Frau Adamkiewicz) wegfallen.

**Kreisrat Schmidt** merkt an, in der Vorlage, die er vom Stadtrat Erding habe, heißt es, dass die jetzige Arbeitsgruppe weiterhin in geeigneter Form sich im Zweckverband wieder finden müsse. Das heißt, die Personen werden genauso wieder mit dabei sein.

**Der Vorsitzende** sagt, künftig sei ein Zweckverband mit einem Geschäftsführer und einer Geschäftsstelle geplant, denn derzeit seien Abstimmungsprozesse schwierig und langwierig, weil jedes Mal die Arbeitsgruppe in kompletter Zusammensetzung wegen jeder Kleinigkeit zusammentreten müsse. Bei einem Zweckverband könnte künftig auch eine Förderung in Anspruch genommen werden.

**Herr Fischer** merkt an, letzte Wochen waren die Einträge im Internetauftritt noch da. Er denkt, es müsse am Freitag oder heute ein Fehler aufgetreten sein. Das sei eine technische Panne, seit Wochen werden die Daten eingepflegt.

**Der Vorsitzende** merkt an, er möchte nur dem möglichen Eindruck entgegen sprechen, dass mit 40.000 € das bezahlt werde. Der Landkreis zahle derzeit deutlich über 100.000 € pro Jahr. Für nächstes Jahr seien 60.000 € als Beitrag eingeplant. Langfristig wolle der Landkreis in einen Zweckverband übergehen. Er denkt, wenn der Landkreis eine Förderung bekomme, dass die Kosten für den Landkreis weniger als bisher werden und die Effektivität deutlich gesteigert würde.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, es sei wichtig, Regionalmarketing auf dieser Ebene zu betreiben. Er bemängle jedoch die Transparenz der Arbeit. Es müsse künftig genau „Mann und Frau und Stunde“ bekannt werden, wer verantwortlich sei, wer Ansprechpartner sei, wer was mache. Dazu werde er den Antrag stellen, vierteljährlich einen Bericht zu bekommen, um die Transparenz und das ungute Gefühl aus der Gruppe herauszubringen. Es sei nicht nachzuvollziehen, für was das Geld sei. Ein weiterer Punkt sei, und hier stimme er dem Vorsitzenden zu, die Fördermöglichkeit für die interkommunale Zusammenarbeit auf dieser Ebene werde künftig so gut wie nie sein. Im Bereich von europäischen Vereinbarungen, von deutschen und landesweiten Vereinbarungen gebe es die Möglichkeit, einen Geschäftsführer, sog. Leader, bezuschusst zu bekommen. Er habe auch bereits die Arbeit mit dem Tourismusverband in den Raum gestellt. Die Stadt Erding sei diesbezüglich auf die Gemeinden zugegangen. Er denkt, es sei Recht, dass mehr Mittel aus Gemeinden in den Tourismusverband fließen, das könnte eine Vernetzung sein. Es könne aber nicht sein, dass die Gemeinden immer doppelt bezahlen. Es müsse eine Strategie entwickelt werden und der oder die Verantwortliche müsse künftig vorlegen, was ausgearbeitet werde. Er möchte nicht einen Beschluss, wo z.B. festgelegt werde, 100.000 € werden eingeplant und mit drei Messeauftritten sei das Ganze dann erledigt. Das Thema sei heute nicht zu diskutieren.

**Der Vorsitzende** merkt an, in der vorletzten Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt sei das Thema ausführlich erläutert worden. Was Kreisrat Wiesmaier sagt, sei die Schwierigkeit, denn derzeit gebe es keinen einheitlichen Ansprechpartner. Der Vorsitz und die Geschäftsstelle wechseln alle zwei Jahre.

**Kreisrat Schmidt** stellt fest, derzeit sei doch zwei Jahre lang der Landkreis Erding zuständig und es gebe im Haus einen Ansprechpartner.

**Kreisrat Wiesmaier** zeigt sich überrascht, dass Regionalmarketing dem Landkreis rd. 144.000 € kostet.

**Der Vorsitzende** sagt, deswegen habe er bewusst die Kosten aufteilen lassen. Es bringe nichts, so zu tun, als ob der Landkreis 40.000 € bezahle und zum Schluss feststellen müsse, dass deutlich mehr Kosten anfallen.

Im vorigen Jahr sei die Aufgliederung im Haushalt richtig gewesen, weil der Vorsitz beim Landkreis Freising war und Freising diese zusätzlichen Ausgaben gehabt habe.

**Kreisrat Schmidt** merkt an, im Protokoll sei nichts davon zu lesen, dass künftig dafür 80.000 € erforderlich werden.

**Der Vorsitzende** sagt, das sei noch nicht beschlossen, das könne erst der Zweckverband beschließen. Der Zweckverband sei noch gar nicht gegründet. Es könne der Beschluss für 2008 gefasst werden, dass speziell für Regionalmarketing 60.000 € vorgesehen werden. Den Beschluss habe der jeweilige Kreistag zu fassen. Vorweg sei zu beschließen, ob ein Zweckverband gegründet werden solle.



**Herr Fischer** merkt an, das Hauptproblem sei, dass die Arbeitsgemeinschaft keine Rechtspersönlichkeit darstelle. Es seien fünf gleichberechtigte Partner. Jeder einzelne Punkt müsse in der Arbeitsgruppe diskutiert oder bei größeren Themen im Lenkungsausschuss beraten werden. Deshalb gebe es auch keinen einheitlichen Ansprechpartner. Er könne nur die Meinung des Landkreises Erding vertreten. Eine Meinung der Arbeitsgemeinschaft bilde sich letztlich im Lenkungsausschuss.

**Kreisrätin Bendl** stellt fest, der Freistaat fördere Regionalmarketing mit rd. 5 Mio €. Der Landkreis bekomme davon keinen Pfennig.

**Der Vorsitzende** sagt, eine Arbeitsgemeinschaft sei ein loser Zusammenschluss und könne keinen Zuschuss bekommen. Weitere Wortmeldungen zu dem Punkt ergeben sich nicht.

**Kreisrat Fischer** fragt zur Kreisstraße ED 12, warum diese Maßnahme auf Seite 31 aufgeführt sei und auf Seite 20 bei den Haushaltsansätzen 2009 nicht.

**Herr Eixenberger** antwortet, die Maßnahme sei für 2008 geplant gewesen, werde aber erst 2009 durchgeführt werden. Die Mittel werden aus dem Haushalt 2008 übertragen. Deshalb sei der Ansatz 2009 nicht mehr notwendig.

**Kreisrätin Stieglmeier** fragt zu Seite 52, HHSt. 6364 „Kanalreinigung durch Privatunternehmen, Altpapier“, welche Bedeutung die Bezeichnung habe und warum der Ansatz von 291.000 € auf 622.000 € so deutlich erhöht worden sei.

**Herr Schmittner** erklärt, die Bezeichnung sei missverständlich und sollte nur „Altpapier“ heißen. Im Altpapierbereich gebe es zwei Änderungen. Durch die Einführung der Papiertonne werden die Kosten steigen und 2009 sei ein höherer Erlös zu erwarten. Weiter gebe es eine geteilte Zuständigkeit durch die Entsorgung DSD.

**Kreisrätin Stieglmeier** verweist auf Seite 45, HHSt 4361 „Müllabfuhr durch Privatunternehmen, Sammlung und Transport“, HHSt 6362 „Straßenreinigung und Privatunternehmen, Sperrmüll“ und HHSt 6366 „Sondermüllsammlung durch Privatunternehmen“, warum sich die HH-Ansätze erhöht haben, obwohl es sich um Privatunternehmen handle.

**Herr Schmittner antwortet**, bei HHSt 6361 sei der Vertrag 2006 neu ausgeschrieben worden. Im Vertrag sei eine Preisgleitklausel enthalten, es sei noch nicht abschätzbar, welche Preissteigerung geltend gemacht werde.

**Kreisrat Biller** fragt zu HHSt 5180, Seite 53 „Unterhalt Abfallbeseitigungsanlagen“, warum sich der Ansatz von 8.000 € auf 1.500.000 € erhöhe.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Schmittner** antwortet, in der Haushaltsstelle sei die Sanierung Unterriesbach enthalten, die im September letzten Jahres beschlossen worden sei.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

**Kreisrat Schmidt** wünscht eine Einzelabstimmung zum Unterabschnitt 7912 „Verwaltung Regionalmarketing“.

Auf die Frage des Vorsitzenden besteht damit allgemein Einverständnis.

**Kreisrat Schmidt** stellt den Antrag, den Ansatz 2009 auf Seite 68, bei HHSt 6780 “Erstattungen an die übrigen Bereiche Regionalmarketing ...“ bei 40.000 € zu lassen.

**Der Vorsitzende** bringt den Antrag zur Abstimmung.  
Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 8 : 2 Stimmen.**

**Kreisrätin Stieglmeier** merkt an, sie werde in der Kreistagssitzung zum Thema Regionalmarketing einen Antrag stellen.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StruVU/0016-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, die Bereiche Regionalmanagement, Wirtschaftsförderung, Verkehr (Kreisstraßen), ÖPNV, Landschaftspflege und Entsorgungswirtschaft (Abfallbeseitigung) des Haushaltes 2009 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**

## **5. Bekanntgaben und Anfragen**

### **5.1 KR-Schmidt - Anmerkung wegen Vortragende eines Berichtes**

**Kreisrat Schmidt** fragt, ob es künftig möglich sei, bei Vortragenden zu prüfen, ob die wirklich zu dem Thema sprechen, das der Ausschuss auch dann behandelt. Die heutigen Vorträge seien zwar sehr interessant aber zum Thema nicht Ziel führend gewesen.

**Der Vorsitzende** merkt an, der Vortrag zum Tagesordnungspunkt 1 sei ähnlich von dem gewesen, was er erwartet habe. Den zweiten Vortrag habe er schwerpunktmäßig anders in Erinnerung. Den Vorspann über die weltweite Situation habe er so nicht eingeschätzt. Wenn den Vortrag ein anderer Referent gehalten hätte, wäre der Schwerpunkt sicher ein anderer gewesen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil um 18.40 Uhr.





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte